

→ Haushaltsantrag



Datum: 20.03.2025

Antragstellerin: **FDP-Fraktion**

Kreistagssitzung: 02.04.2025

Neubau AÖR-Gebäude

Beschlussvorschlag

1. Die Haushaltsmittel (1,0 Mio. €) für den Neubau des AÖR-Gebäudes werden abgeplant.
2. Nach rund 20 Jahren ist das System der „Option“ nüchtern sowie grundsätzlich zu evaluieren. Die Vor- und Nachteile der „Option“ für den Kreis Offenbach sind dem Kreistag zeitnah ebenso darzustellen, wie mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft.

Begründung

Seit mehreren Jahren werden Haushaltsmittel (Verpflichtungsermächtigungen) für den Neubau des/eines Gebäudes für die AÖR im Haushalt immer wieder fortgeschrieben:

Haushaltsplan 2022 – Verpflichtungsermächtigung: 1,5 Millionen €

Haushaltsplan 2023 – Verpflichtungsermächtigung: 65 Millionen €

Haushaltsplan 2024 – Verpflichtungsermächtigung: 65,7 Millionen €

Haushaltsplan 2025 – Gesamtzahlungsbedarf 2025: 26 Millionen €

Trotz dieser finanziellen Handlungsspielräume hat sich bis auf den getätigten Grundstückskauf in der Sache bisher nichts praktisch getan. Der Kreistag hat bis dato keine Kenntnis darüber, was nunmehr genau mit Blick auf den Neubau einer/der Immobilie für die AÖR konzeptionell und baulich konkret passieren soll.

Die FDP-Fraktion hatte zu diesem Thema bereits zur Haushaltsberatung 2023 beantragt:

1. Da bereits 2019 für den Grundstückserwerb 5 Millionen € etatisiert waren und vom Haushaltsjahr 2021 nach 2022 (siehe Beantwortung des Kreisausschusses vom 09.01.2023 zu den offenen Fragen aus dem Blätterausschuss vom 16.12.2022) nahezu 5 Millionen € für den „Neubau Gebäude AÖR“ übertragen wurden kann keine Notwendigkeit erkannt werden, bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 65 Millionen € vorzusehen. Vielmehr sollte unverzüglich eine Alternativprüfung (siehe den entsprechenden FDP-Haushaltsantrag) zum gesamten Konzept des Neubaus des AÖR-Gebäudes eingeleitet werden.
2. „Vor dem Hintergrund der modernen, mobilen Arbeitswelt und zukünftig absehbaren Herausforderungen (z.B. Bürgergeld) sind neue und bevorzugt dezentrale Verwaltungsstrukturen statt klassischem Bürogeschossbau an einem festen Standort erforderlich. Darüber hinaus sind im Hinblick auf den Fachkräftemangel, die demografischen Auswirkungen und den damit verbundenen Chancen für Arbeitssuchende auf dem Arbeitsmarkt mittelfristig eher von sinkenden Zahlen zu vermittelnden Personen auszugehen.“